

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages. Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Rm. 20 Pf. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574. Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anfühlungs- teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Eingeladn. 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsangelegen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und presseförmlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 184

Mittwoch, 10. August

1921

Die Verhandlungen des Obersten Rates.

Die Besprechung der oberschlesischen Frage.

Paris, 8. August. Kurz nach 3 Uhr hat die Sitzung des Obersten Rates unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Briand begonnen. Alle teilnehmenden Delegationen sind anwesend. Die belgische Delegation ist nicht vertreten, da auf der Tagesordnung die oberschlesische Frage steht. Nach dem Bericht von Lord George hat sich die italienische Delegation, unter dem Vorsitz des italienischen Ministerpräsidenten Bonomi.

Paris, 8. August, 7 Uhr 10 Uhr nachm. Bonomi berichtet inoffiziell über die erste Sitzung des Obersten Rates.

Die Sitzung ist um 6 Uhr 5 Min. nachm. zu Ende gegangen. Sie war vollständig durch die Besprechung der oberschlesischen Frage angefüllt. Ministerpräsident Briand eröffnete die Sitzung und begrüßte die versammelten Vertreter. Darauf wurde jeder Delegierter aufgefordert, ein allgemeines Exposé der oberschlesischen Frage zu geben. Der Vorsitzende des Sachverständigen-Ausschusses Fremont legte den französischen Standpunkt dar und sagte, daß das Abstimmungsgebiet geteilt werden könne und daß der Grenzverlauf durch das Ergebnis der Abstimmung nach Gemeinden bestimmt werden müsse. Darauf gab Sir Cecil Lodge eine Zusammenfassung des englischen Standpunktes, der auf die Unteilbarkeit des Industriegebietes und seine Zugehörigkeit zu Deutschland hinweist. Der französische Sachverständige Laroche gab der Ansicht Ausdruck, daß das Industriegebiet geteilt und zum großen Teile einschließlich der Kohlenbänne an Polen fallen müsse, wobei der Grenzverlauf sich westlich der Storzajna zu nähern habe. Der italienische Delegierte hat einen vermittelnden Standpunkt vertreten.

Der Bericht des Sachverständigen-Ausschusses.

Paris, 8. August. Der Bericht des Sachverständigen-Ausschusses über die Regelung der oberschlesischen Frage stellt sich dem „Tempo“ sehr, daß über drei grundsätzliche Fragen eine Einigung erzielt wurde:

1. Daß der Friedensvertrag von Versailles die Teilung des Abstimmungsgebietes zwischen Deutschland und Polen zulasse, daß man sich also nicht auf die im Gesamtabstimmungsgebiet von einer Partei erzielte Mehrheit berufen könne, um ihr Oberschlesien insgesamt zuzuteilen.

2. Daß der Friedensvertrag vorschreibt, daß bei der Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze Rücksicht genommen werden müsse auf die Wünsche der Bevölkerung, die durch die Volksabstimmung zum Ausdruck komme und auch auf die geographische und wirtschaftliche Lage der Ortsteile.

3. Daß man bei der Grenzsetzung sich von der gemeindeweisen Abstimmung leiten lassen müsse.

Die Sachverständigen haben nach dem „Tempo“ verschiedene Vorschläge für die Grenzsetzung gemacht und sie schließlich auf zwei Beschlüssen, eine französische und eine britisch-italienische herabgemindert. Der von Lord George empfohlene Vergleich sei vom Sachverständigenausschuss nicht wieder aufgenommen worden. Die in Frage kommenden beiden Lösungen hätten keine Einmütigkeit gefunden. Beide Pläne verlangten die Unteilbarkeit des Industriegebietes. Die französische Lösung wolle das Gebiet Polen zufließen, während die englisch-italienische es wenigstens zum großen Teile Deutschland zusprechen wolle.

Die englische und die französische Auffassung.

Paris, 8. August. Bonomi glaubt feststellen zu können, daß gestern Abend auf eng-

lischer Seite anscheinend der Wunsch hervorgetreten sei, durch unmittelbare Verständigung eine Annäherung des englischen und französischen Standpunktes über die Teilung Oberschlesiens herbeizuführen, worüber zurzeit noch eine sehr große Meinungsverschiedenheit bestehe. Die öffentliche Meinung auf beiden Seiten des Kanals wünscht, daß man zu einer Lösung gelangt, welche die beiden Parteien in gleicher Weise befriedigt. Die englische Konferenzreise habe man gestern Abend den Eindruck gewonnen, daß die englischen Vertreter sich an den Standpunkt von der Unteilbarkeit des oberschlesischen Industriegebietes festgebunden hätten und sich dadurch, so sagt „Havas“, weiter hinter diesen Grundsatze verschänkten, um die Zuteilung des Industriegebietes mit Ausnahme von Fleß und Rybnik, die an Polen fallen würden, zu fordern. Man hege in England lebhaftes Verlangen, durch jede andere Lösung in Oberschlesien ein neues Geschäftszentrum zu schaffen, das für die Zukunft eine Quelle steter Streitigkeiten in Europa sein würde. Auf französischer Seite habe man gleichfalls den Standpunkt der Unteilbarkeit des Industriegebietes vertreten, jedoch zugunsten der Polen. Es hat den Anschein, daß während der Arbeiten der Alliierten Sachverständigen die französischen Vertreter diesen Standpunkt hätten fallen lassen, der zu weitgehend sei, und daß sie sich mit der Zuteilung des Industriegebietes im Verhältnis der abgegebenen Stimmen einverstanden erklärt hätten. Dieses Verfahren würde zu einer Festsetzung der Grenze führen, die außer einigen Abänderungen zugunsten Polens im wesentlichen der Storzajna entsprechen würde.

Dies sind die beiden einander gegenüberstehenden Auffassungen. Lord George wird versuchen, in persönlichen Besprechungen mit Briand eine Annäherung beider Standpunkte zu ermöglichen. In englischen Konferenzreisen versichert man gestern Abend, die Frage der Festsetzung der Grenzsetzung werde erst nach Erreichung einer Verständigung über die Grenzlinie behandelt werden. Allem Anschein nach, so sagt „Havas“ weiter, ist man jetzt in allen Kreisen der Konferenz der Ansicht, daß die Zuteilung von Verträgen nicht mehr so unbedingt geboten sei, wenn nur die Grenzsetzung bald getroffen werde. Man sei eher geneigt, daß vorhandene Streitigkeiten zu verhandeln, aber das die Verhandlungen zurzeit vertagten und Deutschland gegenüber nötigenfalls andere Zwangsmittel zur Anwendung zu bringen, z. B. am linken Rheinstufer.

Die Unteilbarkeit des Industriegebietes.

Paris, 8. August. Die Agentur Havas verbreitet über die Erklärungen der verschiedenen Sachverständigen eine eingehende Mitteilung, aus der hervorgeht, daß Fremont am Schluß seiner Ausführungen vor dem Obersten Rat hervorhob, daß von den vorgebrachten Lösungen zwei festgehalten wurden, die französische und die englische, die jedoch beide nicht die Einmütigkeit der Sachverständigen gefunden hätten. Er besche jedoch ein Punkt, über den sich die Delegierten der Mächte geeinigt hätten, nämlich über die fast vollständige Unteilbarkeit des Industriegebietes. Aber während der französische Vorschlag die Tendenz habe, dieses Gebiet fast vollkommen Polen zuzuteilen, wolle der andere Vorschlag es zum größten Teil Deutschland zusprechen. Nach ihm französischer Sir Cecil Lodge, der juristische Beirat des Außenministeriums, das Ergebnis der Volksabstimmung. Es hätten sich 678 Gemeinden für Polen, 844 für Deutschland ausgesprochen. Für Polen seien 479 000, für Deutschland 707 000 Stimmen abgegeben worden. Er lasse die englische Meinung dahin zusammenfassen: 1. Frankreich sollte die gemeindeweise Abstimmung als Basis annehmen. Und da jede Gemeinde dem Lande zugerechnet werde, für das sie gestimmt habe, solle nur der Fall zugestanden werden, daß gute Gründe dagegen sprechen. 2. Entschieden müßten als unpraktisch und un-

gerecht für beide Teile vermieden werden. Ökonomisch unzureichbare Gemeinden könnten nicht von einander getrennt werden. 3. Das Zentrum des Industriegebietes müsse Deutschland übertragen werden. Was den Rest der zu ziehenden Grenze anbelange, so beständen wenige Differenzen zwischen dem französischen und dem englischen Vorschlag. Die englischen Sachverständigen erwarteten den französischen Vorschlag, da er die Verhältnisse der Abstimmung in der Zupprechung der strittigen Gebiete am besten. Der Ministerialdirektor Laroche sagte dann die französische These auseinander, wonach den beiden Parteien die Gemeinden nach dem Ergebnis der Abstimmung zugewiesen werden sollten. Wenn Entschieden notwendig seien, so wolle man, um sie zu vermeiden, auf die geographischen und wirtschaftlichen Bedingungen Rücksicht nehmen und die Zuteilung der betreffenden Gemeinden nach den Verbindungen regeln, die sie mit den Nachbargebieten hätten. Deshalb müßte die Gesamtheit der Kohlenbänne nach der französischen Meinung Polen zugesprochen werden. Laroche kritisierte dann den englischen Vorschlag und machte ihm insbesondere den Vorwurf, daß er $\frac{1}{3}$ der für Polen abgegebenen Stimmen Deutschland zuspreche und nur $\frac{1}{3}$ Polen.

Die englische Linie.

Paris, 8. August. Über den Verlauf der gestrigen ersten Sitzung des Obersten Rates berichtet „Havas“ weiter: Der italienische Delegierte Ferrero erklärte: Die englische Linie näherte sich mehr dem Ergebnis der Volksabstimmung als die von den französischen Vertretern vorgeschlagene Grenze. Diese Linie insbesondere kein einziges Bergwerk Deutschland zu. Der italienische Delegierte sprach sich jedoch für keine der beiden Linien aus. Der Havas-Berichterstatter sagt hinzu: Vielleicht sei diese Haltung schon dem Wunsch der italienischen Delegierten eingeleitet worden, die Vermittlerrolle zu spielen, die Graf Storzajna vorher schon mehrmals bei den Beratungen des Obersten Rates mit Erfolg gespielt hätte. Von beiden sich gegenüberstehenden Vorschlägen spricht der französische 80 Proz. der für Polen abgegebenen Stimmen Polen, dagegen 45 Proz. der für Deutschland abgegebenen Stimmen Deutschland zu. Der englische Vorschlag gibt aber Deutschland 88 Proz. der für Deutschland abgegebenen Stimmen, während er nur 30 Proz. der für Polen abgegebenen Stimmen Polen zuspricht. Es scheint also tatsächlich hier Raum zu sein für eine vermittelnde, gerechte und vernünftige Lösung.

Die heisse Lage.

London, 8. August. „Wall-Mall and Globe“ meldet aus Paris, daß die Lage heikel sei. Zwischen der Ansicht der Engländer und Franzosen bestehe eine weite Kluft. Lord George erwarte nicht eine sofortige Lösung der oberschlesischen Schwierigkeiten. Er sei entschlossen, auf der Erfüllung des Friedensvertrages nach Geiß und Sachstand durch Frankreich und alle anderen Unterzeichner zu bestehen. Ein Mitglied der Regierung erklärte heute, angeblich schienen die Standpunkte der britischen und französischen Regierung unvereinbar miteinander. Wenn Briand nicht die Korrektheit des britischen Standpunktes anerkennen wolle, so müsse die bedauernde Möglichkeit in Betracht gezogen werden, daß Frankreich die von ihm für nötig gehaltenen Mission ohne Unterstützung der Alliierten unternähme. Wie angenommen wird, hat Lord George bereits auf die sehr große Verantwortung hingewiesen, welche die französische Regierung durch eine solche Mission übernehmen würde.

Die Konferenz der verbündeten Finanzminister.

Paris, 9. August. Die heutige Konferenz der verbündeten Finanzminister weist folgende Vertreter der einzelnen Staaten auf: Frankreich Finanzminister Doumer, Italien Schatzminister Solerio, England Sir Robert Horne, Belgien Finanzminister Theunis.

Gebt für das Oberschlesierhilfswerk!

Konferenzbeginn in Paris.

Der Oberste Rat hat seine lange angefühlte und unter so schwierigen Umständen zustandgekommene Sitzung begonnen. Alle sind sie erschienen: Lord George, Bonomi und der Amerikaner Harvey. Daß der englische Ministerpräsident nicht nach Paris kommen würde, war ja an und für sich wenig wahrscheinlich gewesen. Aber das eine ist heute sicherer denn je, daß nämlich Lord George bei einem Hinschieben der Verhandlungen sehr bald nach London zurückkehren würde. Die wichtige Frage hat sich in den letzten Tagen wiederum lebhaft zugespitzt. Die Sinnlosigkeit drohen der Weltfriedenshand zu kündigung, und eine solche Lage erfordert unter allen Umständen die Annäherung des ersten Ministers. Was die Ankunft Bonomis betrifft, so ließe sich auf den ersten Blick darauf ein Zeichen der Versöhnlichkeit schließen, wenn nicht gestern noch zuletzt die offizielle italienische „Agenzia di Roma“ im Gegensatz zu den meisten bisherigen Blätterstimmen aus dem apenninischen Königreich eine sehr polemische Haltung eingenommen hätte. Jedenfalls setzen England und Italien Frankreich gegenüber, und es wird zweifellos einen Kampf zwischen der Pariser Auffassung des oberschlesischen Problems und dem Vorschlag Storzajnas geben. Auch die Truppenfrage ist noch nicht völlig gelöst, und hier scheinen noch immer keine längerfristigen Konflikte zu ruhen. Insbesondere muß in dieser Hinsicht die Haltung der Pariser Presse beherzigt werden, die sich in der letzten Zeit wieder, um mit den Worten des „Tempo“ zu reden, brutal offenen Tenor befehligt. Auch der „Matin“ ist merkwürdig eifrig, wenn er sagt, daß England fürchte, Frankreich könne durch die restlose Niederwerfung Deutschlands sich zum Herrn Europas machen. Der alte englische Grundsatz der „balance of power“ sieht wohl auch noch heute im Vordergrund der Tenorstellung britischer Politiker. Aber das gehört auf ein anderes Blatt, und es ist nicht Deutschlands Sache, heute die, wie das „Echo de Paris“ sagt, zum Teil diametral entgegengesetzten Interessen Englands und Frankreichs unter die Lupe zu nehmen. Wir haben anderes und wichtigeres zu tun, vor allem darauf zu sehen, daß uns heute nicht noch einmal ein Unrecht zugerechnet wird, wie es die Weltgeschichte nur in den niederschlagenden Forderungen der Verbündeten von Versailles und London kennt. Der Widerstreit der Meinungen in Paris ist eine Tatsache, die sich nicht ablegen läßt, aber Deutschland denkt gar nicht daran, aus ihnen irgend einen Vorteil für sich herauszuschlagen. Wenn diese Auffassung bei den Verhandlungen des Obersten Rates zur Sprache käme, so wäre dies eine offensichtliche Rade. Wir können uns nichts Gutes davon versprechen, wenn Frankreich keine Trostungen mehr macht und auf eigene Faust vorgeht, einzig und allein geleitet von den Grundätzen der altbekannten Revolutions am Quai d'Orsay. Wir wissen nur allzu gut, daß England ebenso wie Italien bei einem möglichen Zerwürfnis mit Paris keinesfalls Frankreich tatkräftig an einem Bruch des Völkerrechts hindern, sondern höchstens die Verhandlungen abbrechen, die Konferenz vertagen und im übrigen Paris freie Hand lassen würden. Im Gegenteil, Deutschland kann nur dringend wünschen, daß die Pariser Verhandlungen zu einem endgültigen Ergebnis gelangen, damit endlich jene Unsicherheit aufhöre, die Oberschlesien auf die Dauer nicht ertragen kann. Oberschlesien, das ist heute Deutschlands Interesse, unendlich viel mehr als der Gegensatz zwischen London und Paris. Aber man muß die Bestürzung hegen, daß die Entscheidung auch jetzt nicht fallen wird, daß nicht geschieden und die Verbündetenkonferenz sich auf irgend einen späteren Zeitpunkt vertagen wird, gleichgültig, mit welchen Mienen Engländer, Franzosen und Italiener auseinandergehen. Die Deklaration der Pariser Presse scheint den Eindruck hervorzuheben, als ob der Besuch des amerikanischen Boten in London, der auch an der Seine erschienen ist,